

Das Genfer Fiasko von Lothar Persius

Artikel 8 des Völkerbündepaktes lautet: „Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der Rüstungen . . . erfordert . . .“. Was geschah bisher, um diese Kernfrage des Völkerbundes zu lösen?

Die Völker Europas schauen seit Jahren erwartungsvoll nach Genf, wo die Abrüstungskommission des Völkerbundes tagte. Soll man sie eine Farce oder Tragödie nennen? Rund 250 Sitzungen wurden abgehalten. Das Ergebnis der Beratungen findet sich in einem 400 Seiten starken Band veröffentlicht. Positiv wurde nichts erreicht. Die Abrüstungskommission kann auf das Konto ihrer Tätigkeit nicht die Ersparnis eines Pfennigs bei den Militär- und Marinebudgets, nicht die Streichung eines Kriegsschiffes, eines Flugzeuges, einer Kanone aus den Etats buchen. Aber unumstößlich wahr ist, daß eine gewisse Anzahl von Generalen, Admiralen und Rüstungsinteressenten, als sie über „potentielle Kriegsstärke“ und ähnliche orakelhafte Phantome schwätzten, jenes erhabene Gefühl empfanden, Tag und Nacht für das Wohl der unter starken Rüstungen seufzenden Völker zu arbeiten, und daß ferner einige Völkerbündesfanatiker von dem gleichfalls erhabenen Gefühl der „Sicherheit“ beherrscht wurden, dessen sich der verfolgte Vogel Strauß erfreut, wenn er seinen Kopf im Sand verbirgt.

Demgegenüber steht die Tatsache, daß auf der Abrüstungskonferenz in Washington — von Coolidge Anfang 1922 inszeniert — innerhalb weniger Wochen eine recht erhebliche Herabsetzung der Großkampfschiffslotten vereinbart, eine enorme Entlastung der Marinebudgets erzielt wurde. Nordamerika, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan verpflichteten sich, ihre Großkampfschiffe, wie folgt, abzurüsten: England und Amerika behielten nur noch je 525 000 Tonnen, Japan 315 000, Frankreich 175 000 und Italien 125 000. Ferner wurde vereinbart: das Einzelschiffsdisplacement darf im Maximum nicht mehr als 35 000 Tonnen betragen, das Geschützkaliber nicht mehr als 40,6 Zentimeter, vor Ablauf von zehn Jahren darf kein Neubau in Angriff genommen werden. Eine Reihe weiterer Abmachungen wurden getroffen, und alle wurden peinlich innegehalten.

Die Konferenz zu Washington hat also die Möglichkeit einer Abrüstung bewiesen. Man erinnere sich der Worte Bethmann-Hollwegs am 30. März 1911: „Die Abrüstungsfrage ist unlösbar, solange Menschen Menschen, und Staaten Staaten sind.“ Man gedenke ferner des Hohngelächters, mit dem Herr v. Tirpitz und seine Gefolgsmannen den Vorschlag Churchills für ein Flottenbaufestjahr quittierten. Im Februar 1922 wurde eine Pause von zehn Jahren im Großkampfschiffbau festgesetzt,

und sie ist bis heut nicht unterbrochen worden! Leider gelang es damals in Washington nicht, eine Herabminderung der andern kleinern Schiffsklassen durchzudrücken, das heißt, der leichten Kreuzer, der Torpedo- und Unterseeboote. Der Widerstand ging in erster Linie von Frankreich aus, das sich „die Waffe des Schwachen“ — das U-Boot — nicht entreißen lassen wollte. Das Werk von Washington sollte nun in Genf fortgesetzt werden. Seit dem 20. Juni tagt die Dreimächtekonferenz. England, Amerika und Japan sind vertreten, Italien und Frankreich haben leider nur Beobachter entsandt.

Unsre Presse nahm geringen Anteil an der Konferenz. Sie zeigt nur Interesse an Auf-, nicht an Abrüstungsverhandlungen. So wurden zumeist die pessimistisch klingenden Nachrichten aus Genf begrüßt, und es wurde in völliger Verkennung der wirklichen Verhältnisse öfters die Partei Englands ergriffen, und Amerika als Störenfried angeklagt. Hierzu ist zu sagen, daß Coolidge in weiser Erkenntnis der Unmöglichkeit, eine sofortige Abrüstung herbeizuführen, von vornherein nur auf eine Beschränkung der Seemachtmittel gedrungen hat. Immer wieder betonte er in Ansprachen und Botschaften die Notwendigkeit, Geld nicht für unproduktive Zwecke, wie Kriegsschiffbauten, auszugeben. Er wies darauf hin, daß besonders die Völker Europas, die die Last der Kriegsschulden zu tragen haben, sparen sollten an ihren Rüstungen zu Lande und zu Wasser. Zur Beurteilung, um welche Summen es sich handelt, nur zwei Daten: Der Bau eines Großkampfschiffes verschlingt heut 140 Millionen Mark. Selbst ein kleiner Kreuzer, wie wir sie jetzt bauen, 6000 Tonnen groß, kostet 40 bis 50 Millionen. Die Regierung zu Washington erinnerte mit Recht daran, daß sie mit dem Vorschlag zur Beschränkung der überstarken Rüstungen vorangegangen, daß sie mit der Zerstörung zahlloser Großkampfschiffe begonnen habe.

Die Schwierigkeiten, die jetzt ein Scheitern der Genfer Konferenz aller Wahrscheinlichkeit nach herbeiführen werden, liegen vornehmlich in der Intransigenz der englischen Regierung, sich hinsichtlich der leichten Streitkräfte, der Kreuzer usw., auf den gleichen Stärkegrad wie Amerika festzulegen. Engländerseits wird gesagt: wir brauchen viele, das heißt mehr Kreuzer als Amerika, für den Schutz unsres weltweiten Handels, im Krieg vor allem für die Sicherstellung der Versorgung des Mutterlandes mit Lebensmitteln. Amerika ernährt sich aus sich selbst. Es braucht keine Kreuzer. „England hat seine Flotte noch nie zu Angriffszwecken verwandt.“ (So schrieb wörtlich ein englischer Admiral in einem großen demokratischen berliner Blatt!) Worauf geantwortet wird: „Die Monroedoktrin erfordert viele starke Kreuzer. Südlich der Landenge von Panama hat keine Armee der Vereinigten Staaten, ganz gleich wie übermächtig sie ist, ohne unterstützende Flotte irgend welche

Erfolgsaussichten." (Diese Sätze stammen aus der Feder des anerkannten englischen Marineschriftstellers Fred Janel) Fast unnötig und nur der Ordnung wegen sei bezüglich der „nie zu Angriffen gebrauchten britischen Flotte“ auf zwei historisch doch immerhin einigermaßen verbürgte Geschehnisse hingewiesen: an den 1664 mitten im Frieden erfolgten Überfall eines englischen Geschwaders auf das damals holländische Neu-Amsterdam (später NewYork) und auf den Raub der 18 dänischen Linienschiffe, auf das Bombardement Kopenhagens am 2. bis 6. September 1807 durch eine englische 25 Linienschiffe starke Flotte.

Unverständlich und höchst bedauerlich ist die Haltung Englands. Alle Staaten müssen Geld sparen. Der finanzielle Druck, unter dem besonders Großbritannien, Frankreich und Japan stehen, sollte auf eine weitere Beschränkung der kostspieligen Kriegsschiffsbauten hinwirken. Amerika spricht unverhohlen sein Befremden über den Rüstungswahnsinn Europas aus. Es fragt, warum treffen Staaten, die sich im Geiste des Völkerbundes von Locarno fanden, Vorbereitungen für künftige Kriege? Die amerikanische Presse schrieb: „Der Feldzug für die Streichung der Kriegsschulden wird jetzt keinen Rückhalt mehr in der amerikanischen öffentlichen Meinung finden. England kann keine Zahlungsschwierigkeiten mehr geltend machen, wenn es gleichzeitig seine Flotte aufrüsten will.“ Die vor kurzem abgehaltenen Luftmanöver auf London ergaben den dringend notwendigen Schutz der Stadt durch starke Flugzeuggeschwader, weit stärker, als sie jetzt vorhanden sind. Die Torheiten in Rußland und China brachten Ebbe in die Staatskassen. Die Steuerschraube weiter anzuziehen, ist undenkbar. Der Handel liegt danieder. Warum ergreift England nicht die Gelegenheit, unnötige Kosten, wie die des Kriegsschiffsbaues, zu vermeiden? Die eine Antwort lautet „aus Prestigegründen“ — sie ist falsch, denn die britische Flotte vermag nicht mehr die „highways of the nations“ zu beherrschen, die andre: „Die Rüstungsinteressenten erhoben Einspruch“ trifft zu. Baldwin beugt sich unter dem Diktat der Admirale und der Panzerplatten- und Kanonen-Fabrikanten, die das Wettrüsten mit Nordamerika herbeisehnen. Und das „freie“ englische Volk? Es duckt sich unter der Knute der Konservativen.

Während diese Zeilen geschrieben werden, wird noch in Genf verhandelt, ist eine Entscheidung noch nicht gefallen. Sollte keine Einigung erzielt werden, das heißt keine, die eine nennenswerte Einschränkung der Seerüstung festlegt, vor allem Flottenbaufestjahre vorsieht, dann wird der gerechte Beurteiler England als den Schuldigen erklären, wie es Lloyd George bereits am 1. August in Cambridge tat: „Die Unfähigkeit der britischen Regierung ist der Grund für das Fiasko der Dreimächte-Konferenz in Genf.“